



www.fgv.at

gesund & sozial

P.b.b. 1320 ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe, Maria-Theresien-Straße 11, 1090 Wien • 13Z039724
M

Vorzeigeprojekt AKH-Wien:

Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz

Seite 4

„Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.“

Zitat WHO

PFLEGE – Was tut sich?

Seit 2009 arbeitet die Gesundheit Österreich GmbH (GÖG), auf Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit, an einer Novellierung des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes. Die Evaluierung begann mit der Vorbereitung, Erhebung, Validierung, dann die Bewertung der gesammelten Informationen und 2011 die Empfehlung einer neuen Ausbildung. Seitdem laufen Verhandlungen mit verschiedenen betroffenen Berufsgruppen.

UND JETZT:

Am 14. Mai 2014 beschlossen die Landesgesundheitsreferenten, die Pflegeausbildung zu novellieren. Es wurde vieles des bestehenden Entwurfes verwendet, wie zB. die Gesundheits- und Krankenpflege an der Fachhochschule auszubilden oder die Schaffung der Berufsgruppe „Pflegeassistent“, aber bei Beibehaltung der Ausbildung zur Pflegehilfe. Im GÖG-Entwurf ist auch die „Pflegeassistent“ festgeschrieben, aber als Weiterentwicklung die Pflegehilfe. Die Pflegehilfe soll eine längere Ausbildung bekommen und die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten werden nicht mehr als Ausbildungsinhalt – und somit auch nicht mehr im Berufsbild aufscheinen. Im Gegensatz dazu wird es nach dem Entwurf der Landesgesundheitsreferenten drei verschiedene Pflegekräfte geben, die FH-Abgänger, die Pflegeassistent und die Pflegehilfe. Die Pflegehilfe bleibt wie sie war, die Pflegeassistent soll zwei Jahre ausgebildet

werden und die Gesundheits- und Krankenpflegepersonen, welche die FH abgeschlossen haben, sollen als „Generalist/in, Spezialist/in oder Paramedic“ tätig werden.

In diesem Modell wird die Pflegehilfe bleiben wie sie seit 1997 besteht und, fürchte ich, die diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegeperson zur „Pflegeassistent“ degradiert, zumindest im Bereich der Entlohnung. Dieser Beschluss der Landesgesundheitsreferenten könnte nun zu einer vermutlich überstürzten Novellierung des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes führen. Wir werden weiterhin Verhandlungen erkämpfen und Forderungen stellen um unser gegenwärtiges Gesundheits- und Krankenpflegepersonal vor Verschlechterungen zu schützen.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie einen schönen Sommer.

Wir trauern

Elsa Innemann, eine langjährig verlässliche Mitarbeiterin der ÖGB/ARGE-Fachgruppenvereinigung ist am 3. Juni 2014 an ihrem 83. Geburtstag verstorben. Sie begann im AKH Wien als Abteilungshelferin, schaffte es im 2. Bildungsweg zum Diplom und arbeitete in der Kinderklinik. 1978 war sie Personalvertreterin im AKH und dann stellv. Vorsitzende.



Karl Preterebner
Bundessekretär der ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe
Chefredakteur



Seminare

Vom 5. bis 7. Mai veranstaltete die ARGE/ÖGB-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe wieder ein Seminar zum Thema Gesundheitsförderung (Grundkurs) für ihre Mitglieder. Wie immer habe ich auch diesmal die Teilnehmer um eine Bewertung der Seminare gebeten und diese wurde nach dem Schulnotensystem durchgeführt (das Ergebnis ist im Kasten nachzulesen).

Die kommenden Seminare finden Sie auf Seite 15 oder www.fgv.at

Burn Out

Kursinhalt und Kursprogramm	1
Kursablauf	1
Aufenthalt (Hirschwang)	1,1



INHALT



Coverstory **Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz** 4
Vorzeigeprojekt des AKH Wien

GPA: **Gute Arbeit braucht gute Bedingungen** 6
djp work@social für Menschen im Sozialen Dienst

vida **Gemeinsam Europa sozialer gestalten** 7
Bericht vom EGÖD-Kongress in Toulouse

Pflegekongress 2014 der PGA 8
400 Pflegefachkräfte aus dem KAV nahmen teil

GÖD **Pflegeausbildung neu** 9
Keine Einwände der Länder gegen FH-Ausbildung

Pflege in Bewegung 10
250 Teilnehmer beim Studientag 2014

Arbeitsrecht 12
Pflicht zum Evaluieren der psychischen Belastungen

Jugend **Pflege – ein Beruf mit Zukunft** 14
5. Nationaler Kongress für Schülerinnen und Schüler

Impressum

Herausgeber und Verleger: ÖGB/ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe, Maria-Theresien-Str. 11, 1090 Wien
Chefredakteur: Karl Preterebner, T: 01/313 16-836 61, E: karl.preterebner@gdg-kmsfb.at
Redaktionsadresse: ÖGB/ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe, Maria-Theresien-Straße 11, 1090 Wien
Verlags- und Herstellungsort: Wien. ZVR-Nummer: 576439352
Redaktion/Layout/Grafik: Agentur Steinschütz-Winter, 3420 Kritzensdorf, Hauptstraße 178, T: 02243-28 926, E: agentur@steinschuetz.at
Anzeigen/Marketing: Fritz Schmalldienst, T: 0664-85 39 721, M: ufritz@aon.at; Gerhard Steinschütz, T: 0650-28 926 00, M: gerhard@steinschuetz.at
Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.
Fotonachweise: Alle Bilder, die nicht extra gekennzeichnet sind, wurden von den Autoren bzw. der ÖGB/ARGE-FGV zur Verfügung gestellt.

Josef Zellhofer
Bundesvorsitzender der ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe



„Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Ich kann mich noch gut erinnern, es war Anfang der 90er Jahre, als sich die Fachgruppenvereinigung für eine Krankenpflege NEU Ausbildung eingesetzt hat. Die Jahre zogen in das Land. Nun schreiben wir das Jahr 2014 und es steht gar nicht so schlecht, dass es uns diesmal gelingen könnte, eine Krankenpflegeausbildung NEU zu bekommen.

Mit unserer Coverstory möchten wir Ihnen Mut machen, ein Projekt zur „Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz“ zu initiieren. Die Personalvertretung am Wiener Allgemeinen Krankenhaus hat gemeinsam mit dem Dienstgeber und der Krankenversicherung ein Gesundheitsvorsorge Projekt gestartet. Da das Angebot von der Kollegenschaft sehr gut angenommen wurde, wird das Projekt auf alle MitarbeiterInnen des Wiener KAV ausgeweitet.

Der erste Pflegekongress des „Personalgruppenausschusses Pflege“ in der Hauptgruppe II war ein voller Erfolg. 400 Kolleginnen und Kollegen haben sich für den 1. Pflegekongress angemeldet und ihre Erwartung wurde nicht enttäuscht. Viele warten bereits auf die nächste Einladung.

Auch der 5. Nationale Kongress für Schülerinnen und Schüler und Studierende der Gesundheits- und Krankenpflege in Wien unter dem Motto „gemeinsam bewegen – voneinander lernen“ hat mir sehr gut gefallen.

Eine erfolgreiche Veranstaltung war der diesjährige Studientag in Linz, der sich dem Thema „Grade & Skill Mix“ Perspektiven der Personalentwicklung im Gesundheit und Sozial Bereich widmete.

So möchte ich Ihnen und Ihren Familien einen schönen Sommer und einen erholsamen Sommerurlaub wünschen.

Ihr

Immer aktuell:

Die neuesten Informationen, Termine und Schulungsangebote auf www.fgv.at



GRATIS-Abo*

für Mitglieder der Gewerkschaften

- GdG-KMSfB • GÖD
- GPA-djp • vida

Senden Sie uns Ihre Kontaktdaten mit Namen, Anschrift und Gewerkschaftszugehörigkeit per Mail an:

karl.preterebner@gdg-kmsfb.at

* Das GRATIS-Abo ist gültig für 1 Jahr (4 Ausgaben)



Projekt zur Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz



OÄ. Dr. Sonja Nistler
Interimistische Stv. Leitung
Gesundheits- und
Vorsorgezentrum
Sanatorium Hera

Gerade in der heutigen Welt sind wir mit steigenden Zahlen an Krebserkrankungen, Herz- Kreislauferkrankungen und psychischen Erkrankungen konfrontiert. Eine sich verändernde Arbeitswelt geht mit steigenden Anforderungen an Qualifikation (job enrichment) und Produktivität (job enlargement) der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einher. Dies führt zu einer Zunahme von psychischen Belastungen, welches sich in steigenden Krankenstandszahlen und Ursachen für Frühpensionierungen messen lässt. Der Umsetzung von gesundheitsfördernden Maßnahmen am Arbeitsplatz wird daher immer größere Bedeutung zugemessen.

Die Definition von Gesundheit ist laut WHO „ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen“. Es ist also auch von besonderer Wichtigkeit, auf das psychische Wohlbefinden entsprechend zu achten. Neben klassischen Vorsorgethemen wie Prävention von Herz- Kreislauferkrankungen zählt das Thema der psychischen Gesundheit, insbesondere Stress am Arbeitsplatz, zu den Schwerpunktthemen des Gesundheits- und Vorsorgezentrums der KFA (Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien).

Untersuchungstermin auch während der Arbeitszeit

Die oben angeführten Phänomene (job enrichment und job enlargement) kommen im Arzt- und Pflegeberuf besonders zu tragen und führen laut einigen Berichten zu den höchsten Anstiegen an psychischen Belastungen. Mit knapp 20.000 Ärztinnen und Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern, welche als Gemeindebedienstete im Wiener Krankenanstaltenverbund tätig sind, ist diese Gruppe auch zahlenmäßig eine höchst relevante Gruppe. Auf Initiative des damaligen Gewerkschaftsvorsitzenden des AKH-Wien, Herrn Josef Zellhofer, wurde daher 2012, in enger Abstimmung mit der Kollegialen Führung des AKH-Wien, die Möglichkeit, eine niederschwellige erweiterte Gesundenuntersuchung im Gesundheits- und Vorsorgezentrum Sanatorium Hera durchführen zu lassen, vereinbart. Der Termin kann während der Arbeits-

zeit und auf Wunsch mit Kinderbetreuung wahrgenommen werden. Somit wird eine stressfreie Planung möglich gemacht. Ziel ist es, damit die Gesundheitskompetenz der AKH-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stärken. Nach Einführung wurde das initiierte Angebot auf alle Krankenhäuser des Wiener Krankenanstaltenverbundes ausgedehnt, so dass innerhalb von

zwei Jahren in einem Turnus alle Krankenhäuser im Rahmen von Gesundenuntersuchungen vor Ort vom Gesundheits- und Vorsorgezentrum betreut werden und eine Untersuchung während der Dienstzeit möglich ist.

Für die Vorsorgeuntersuchung sind zwei Termine notwendig

Die Vorsorgeuntersuchung gliedert sich in zwei Termine: Der erste Termin beinhaltet in der Regel die Blutabnahme, ein ärztliches Gespräch, körperliche Untersuchung, Blutdruckmessung, Bestimmung des BMI (Body-Mass-Index), eine Körperfettmessung, ein EKG und die Harnuntersuchung. Insgesamt nimmt der erste Termin ca. eineinhalb Stunden in Anspruch.

Bei dieser Untersuchung wird ein zweiter Termin vereinbart, an welchem die Befunde besprochen werden (ca. halbe Stunde). Auf freiwilliger Basis kann ein Psychosoziales Screening in Anspruch genommen werden. Hierbei kann der persönliche Lebensstil im Hinblick auf psychische Risikofaktoren, Stress und Burnout, sowie Angst- und Depression erfasst werden. Die Idee dahinter ist Klientinnen und Klienten, die das Vorsorgeangebot in Anspruch nehmen, auch für psychische Probleme zu sensibilisieren und damit zu einer Selbstreflexion anzuregen. Im Falle auffälliger Befunde in diesem psychosozialen Screening, bietet das GVZ Coaching und Therapie durch ein Team von Psychologinnen/Psychologen und Lebensberaterinnen/Lebensberatern – in Abhängigkeit vom Belastungsgrad – an. Ergänzend dazu sind Angebote, die die



Foto: JISign - Fotolia.com

Work-Life-Balance positiv beeinflussen können – wie z.B. Biofeedback, Energietanken für Eltern, Shaolin Qi Gong, Entspannungsmethoden, Autogenes Training – etabliert.

Inkludierte Sonderleistungen auch ohne Aufpreis erhältlich

Eine weitere Besonderheit im Gesundheits- und Vorsorgezentrum Sanatorium Hera ist die „Sanatorium Nanny“. An diesem Elternambulanznachmittag, der jeden letzten Donnerstag im Monat stattfindet, kümmern sich die Flying Nannies um den Nachwuchs, während Mama und Papa (Oma und Opa) sich um ihre Gesundheit kümmern. Die Kinderwunschambulanz umfasst eine internistische Begutachtung mit Screening bezüglich Infektionskrankheiten und Schwerpunkt Schilddrüsenfunktionsdiagnostik (inkl. Schilddrüsenultraschall vor Ort). Hierbei können Schilddrüsenerkrankungen, die sich ungünstig auf die Entwicklung des Kindes oder auch auf die Fertilität auswirken, erkannt werden. Ergänzend wird eine diätologische Beratung mit Start einer Vitamin- und Folsäuresubstitution veranlasst. Für spezielle endokrinologische Fragestellungen läuft eine Zusammenarbeit mit der Genderunit im AKH.

Weiters bietet das Gesundheits- und Vorsorgezentrum eine CAVI Messung an. Hierbei wird die Arterienelastizität einfach und damit nicht-invasiv bestimmt. Die resultierenden Parameter besitzen eigenständige prognostische Bedeutung für kardiovaskuläre Erkrankungen und der Cardio-Ankle-Vascular-Index gilt als Vorhersagemaß für das Auftreten einer Gefäßverkalkung und damit für Herz-Kreislauferkrankungen.

Angebote im Bereich Sport, Bewegung und Ausdauer

Das Gesundheits- und Vorsorgezentrum ermöglicht neben der Erfassung des Gesundheitsstatus im Rahmen der Vorsorgeuntersuchung auch eine sportmedizinische Ergometrie zur Bestimmung der Ausdauerleistungsfähigkeit an, sowie weitere leistungsdiagnostische Angebote im Bereich Gesundheit, Bewegung und Sport. Individuelle Beratung und Erstellung von Trainingsplänen wird von den Sportwissenschaftlern im Team durchgeführt. Diese Angebote sind kostenpflichtig (Sportmedizinische Ergometrie mit Laktatmessung Euro 123,00; inkl. Trainingsplan über 4 Wochen Euro 144,00).

Raucherberatung in Gruppen bis hin zum Rauchstopp

Von den Klin.- und Gesundheitspsychologinnen/-psychologen wird eine Raucherberatung angeboten, bei der in zwei Gruppenterminen auf die speziellen Probleme bei der Nikotinentwöhnung eingegangen wird. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Möglichkeit, sich mit ihren Rauchgewohnheiten auseinanderzusetzen und sich auszutauschen. In den Einzelstunden werden alternative Handlungsweisen in Zusammenhang mit der persönlichen Lebenssituation erarbeitet. Die Beratung erfolgt bis zum Rauchstopp.



Foto: studio306/fotolia - Fotolia.com

Im Jahr 2012 haben bereits 329 AKH Bedienstete das Angebot der erweiterten Gesundenuntersuchung in Anspruch genommen und demnächst werden auch 2 Rauchfreigruppen an je 2 Nachmittagen angeboten, auch hier werden den Klienten Einzeltermine angeboten, um weiterhin eine entsprechende Unterstützung zu gewährleisten.

Eine Anmeldung zur erweiterten Gesundenuntersuchung im Gesundheits- und Vorsorgezentrum Sanatorium Hera, Löblichgasse 14, 1090 Wien ist Montag bis Freitag von 8 – 14 Uhr unter der 01-31 350-45 888 oder persönlich vor Ort möglich.



Gute Arbeit braucht gute Bedingungen

Die Interessengemeinschaft work@social will wissen, was die Beschäftigten wirklich brauchen.

Eva Scherz Geschäftsbereich Interessenvertretung

Die Qualität der Leistung im Gesundheits- und Sozialbereich hängt davon ab, wie die Arbeitsbedingungen sind. Als Gewerkschaft gestalten wir aktiv mit den BetriebsrätInnen die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich mit. Neben den Gehaltserhöhungen stehen Verbesserungen für die Arbeitsbedingungen im Vordergrund. Zufriedene, gut ausgebildete MitarbeiterInnen kommen uns

allen in der Gesellschaft zugute, vor allen denjenigen, die Leistungen am dringendsten brauchen. Work@social fragt deshalb bei denjenigen nach, die es am besten wissen müssen: den Beschäftigten! Jeder Kollege und jede Kollegin ist aufgerufen, sich an der Kampagne zu beteiligen. Selma Schacht, Vorsitzende der Interessengemeinschaft sagt dazu: „Ein Ziel ist, dass die Beschäftigten aktiv über die gestellten Fragen nachdenken, ein zweites, dass wir als Gewerkschaft mit den Antworten wichtige Inputs für unser weiteres Agieren bekommen. Drittes Ziel ist, im Sinne des Organizing-Gedankens, Kolleginnen und Kollegen durch diesen Prozess auch für aktive Gewerkschaftspolitik gewinnen zu können.“

Wo brennt es unter den Nägeln?

Viele werden jetzt sagen, oh da fällt mir aber sofort viel dazu ein. Um die Ergebnisse besser darzustellen und auszuwerten, gibt die Interessengemeinschaft work@social fünf Themen vor, die die KollegInnen als die großen „Problemfelder“ identifiziert haben. Im Gesundheits- und Sozialbereich ist 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag der Einsatz der Beschäftigten gefordert. Hier spielt Arbeitszeit eine große Rolle. Das Thema „Arbeitszeit ist Lebenszeit“ zielt darauf ab, was es braucht, um die Zufriedenheit der KollegInnen zu steigern. Was kann man bei der Dienstplan-

work@social vertritt die Beschäftigten im privaten Gesundheits- und Sozialbereich. Eintragen und Mitmachen geht ganz einfach unter: www.gpa-djp.at/seidabei. Nähere Informationen zur Interessengemeinschaft work@social und zur Kampagne unter www.gpa-djp.at/social.

gestaltung verbessern? Muss ich ein schlechtes Gewissen haben, wenn ich Pflegefreistellung für meine Tochter brauche? Ist es besser, einen fixen Dienstplan zu haben, oder soll dieser im Team erarbeitet werden? „Arbeitszeitverkürzung jetzt!“ thematisiert die Länge der wöchentlichen Arbeitszeit. Viele KollegInnen arbeiten Teilzeit und haben somit ihre Arbeitszeitverkürzung selbst bezahlt. Ist das der richtige Weg? Welche Arbeitszeit wäre ideal, um einen fordernden Beruf, die Familie und private Anliegen unter einen Hut zu bringen? Gerne wird in Sonntagsreden darauf hingewiesen, dass erfahrene MitarbeiterInnen die Säule des Betriebes sind. Oft handelt es sich dabei nur um Lippenbekenntnisse. Denn obwohl die Gesellschaft immer älter wird, und obwohl das Pensionsalter angehoben wurde, sind ältere MitarbeiterInnen in den Betrieben rar. Darum wollen wir zum Thema „Es zählt die Erfahrung“ diskutieren, wie jung und alt gut zusammenarbeiten können und welche Arbeitsbedingungen ältere MitarbeiterInnen brauchen, um den Beruf nicht vorzeitig zu verlassen. In einem sehr reichen Land, sollte man meinen, dass genug für alle(s) da ist. Aber gerade im Sozialbereich wird auf die gestiegenen Anforderungen und höheren KlientInnen- und PatientInnenzahlen nicht ausreichend reagiert. Bundesvorsitzende Selma Schacht: „Die Arbeit im Sozial- und Gesundheitsbereich wird immer mehr von der Frage ‘Was kostet es’ als von der Frage ‘Was braucht der Mensch’ geleitet. Ausbaden muss dies die breite Masse der Lohnabhängigen und ihrer Angehörigen, sowie doppelt die in diesem Bereich Beschäftigten.“ Um die Finanzierung dieses Bereiches muss tagtäglich gekämpft werden. Wir meinen „Es ist genug für alle(s) da!“, und wollen die Meinung der Beschäftigten dazu hören. Beim Thema „Arbeitsplatz ist Lebensplatz“ geht es um die geforderte Qualität in der Arbeit. Wir wollen wissen, was notwendig ist, um die Arbeit gut zu erledigen. Wie muss die Arbeit gestaltet werden, damit man jeden Tag gerne hingeht? ■

Information

Ein Angebot an alle BetriebsrätInnen und KollegInnen, die aktiv mitmachen wollen: es gibt die Möglichkeit, die Kampagnenmaterialien für alle Beschäftigten zu bestellen. Diese bestehen aus Plakaten und Postkarten zu jedem Thema. Die Entscheidung, ob ein oder mehrere ausgewählte Themen oder gleich alle im Betrieb diskutiert werden, liegt beim Betriebsrat. Möglich ist auch, die Themen zeitlich hintereinander in den Betrieb einzubringen. Unabhängig davon werden alle Mitglieder der work@social aufgerufen, im Internet mit zu diskutieren. „Wir wollen mit den Kampagnenmaterialien all jenen, die diese grundlegenden, wichtigen Themen mit den KollegInnen diskutieren wollen, ein praktisches Werkzeug für ihre wichtige Arbeit im Betrieb zur Verfügung stellen“, sagt Selma Schacht.

Von 20. bis 23. Mai 2014 fand der 9. EGÖD-Kongress in Toulouse statt. „Our Europe – unser Europa“ war das Kongressmotto, das zum Ziel hatte, Europa zukünftig sozialer zu gestalten. EGÖD ist der europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst. Neben der Wahl einer neuen Präsidentin und eines neuen Generalsekretärs standen 20 Entschlüsse zu den verschiedensten Themen im Mittelpunkt des Kongresses. Europa mitgestalten ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaftsorganisationen. Es gilt, den Einfluss der ArbeitnehmerInnen auf die europäische Politik zu stärken. EGÖD tut dies mit großem Engagement und die Delegierten der Gewerkschaften haben das bei den Diskussionen zu den einzelnen Themen bewiesen.



Gemeinsam Europa sozialer gestalten

Willibald Steinkellner stellvertretender Bundesvorsitzender der ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe



PHOTO: EUROPEAN FEDERATION OF PUBLIC SERVICE UNIONS

diget oder Verhandlungen eingefroren, und die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds greifen als „Troika“ in nationale kollektive Verhandlungsprozesse ein. Wirtschaftliche Steuerung auf europäischer Ebene als Folge der Eurokrise droht Kollektivverhandlungen besonders im öffentlichen Sektor zu untergraben. Das erfordert eine noch effektivere Koordinierung seitens der europäischen Gewerkschaften. Um den negativen Auswirkungen der Sparpolitik zu entgegnen müssen wir viele werden. Unter dem Titel „Viele bewirken mehr, gewerkschaftliche Organisation und Rekrutierung von Mitgliedern“ wurde eine Entschliebung angenommen, damit die Gewerkschaften gestärkt werden und sie die Anliegen der Beschäftigten noch besser vertreten können. Der Kongress war erfolgreich und hat die Stimmungslage in Europa widerspiegelt. Solche Kongresse braucht es, um trotz unterschiedlicher Kulturen und einer Vielfalt von Sprachen zu gemeinsamen Standpunkten zu kommen, um ein soziales, arbeitnehmerInnenfreundliches Europa zu gestalten. ■

Daseinsvorsorge absichern

Nur durch soziale Sicherheit sowie gute Arbeitsplätze ist der soziale Frieden in Europa zu erhalten und auszubauen. Die Daseinsvorsorgen als Allgemeingut zu erhalten und nicht zu privatisieren muss eine Selbstverständlichkeit werden. Wasser, Gesundheit, Pflege, Soziales und vieles andere eignen sich nicht als Spielball der Finanzwelt. Dazu gab es unter anderem die Entschlüsse ‚Qualitativ hochwertige Dienste im Herzen eines sozialen Europas‘, ‚Sozialdienstleistungen für alle‘ oder ‚Gesundheit- und Sozialwesen: Kampf gegen die Liberalisierung, Erfüllung zukünftiger Anforderungen‘. Auch die Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte in Europa durch Kollektivverhandlungen,

sozialen Dialog und Arbeitskampfmaßnahmen wurde als Entschliebung angenommen. Kollektivverhandlungen haben eine grundlegende Bedeutung, wenn es um die Durchsetzung und Sicherung angemessener Löhne, Renten, Pensionen und Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im Allgemeinen und des öffentlichen Dienstes auf branchenübergreifender, sektoraler und betrieblicher Ebene geht; sie sind ebenfalls ein wichtiger Mechanismus, um eine gerechte Einkommensverteilung zu erreichen.

Nein zu Sparpolitik

Das Prinzip der Kollektivverhandlungen ist allerdings beispiellosen Attacken ausgesetzt. Mehrere einzelstaatliche Regierungen haben Kollektivvereinbarungen aufgekün-

Pflegekongress 2014

Edgar Martin

Der Personalgruppenausschuss (PGA) Pflege der Hauptgruppe II veranstaltete am 23. April erstmalig einen Pflegekongress und über 400 Pflegefachkräfte aus dem Wiener Krankenanstaltenverbund nahmen als ZuhörerInnen daran teil.

In den Kinosälen der UCI-Kinowelt konnten die TeilnehmerInnen zwischen unterschiedlichen Themen aus dem professionellen Arbeitsumfeld der Gesundheits- und Krankenpflege wählen. Dabei stellte sich aber bereits zu Beginn klar dar, wie sich der PGA am Kongresssektor etablieren möchte – es sind weniger die hochwissenschaftlichen Themen, die hier interessierten, vielmehr hatte man es hier mit hauptsächlich lebensnahen Vorträgen zu tun.

Stargast: Hans Kammerlander

So berichtete Hans Kammerlander, der weltbekannte Südtiroler Bergsteiger, von seinen Kämpfen mit der Natur, den Strapazen im Berg, den zuweilen tragischen Begegnungen mit Fels und Eis. Welche Herausforderungen kann ein Mensch bewältigen, wie wächst er über sich hinaus? Was braucht es, um am Ende auch wieder von einem Gipfel hinunterzukommen? Die Parallelen zur täglichen Arbeit der Gesundheits- und Krankenpflege zeigten sich rasch. Teamarbeit stellt dabei ebenso eine Grundsäule dar wie konsequente Vorbereitung, Wissen, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, aber auch Respekt und Achtung vor dem Beitrag unterstützender Gruppen. 70 Minuten lang entführte Kammerlander seine ZuhörerInnen in entlegene Welten und wirkte dabei zu keiner Sekunde entrückt bzw. abgehoben. Geduldig beantwortete er im Anschluss „fachliche“ Fragen wie z.B. nach dem Klogang auf 8000 Meter oder stellte sich dem Vergleich zwischen dem „Ruf der Berge“ und Drogensucht. Warum jemand wie Kammerlander nicht nur die höchsten Berge besteigt, sondern hochriskant auf Skiern von solchen runterfährt, kann wohl nur mit „Er konnte es, also hat er es gemacht“ beantwortet werden.

Freie Wahlmöglichkeit gestattete es im An-

schluss, den eigenen Interessen zu folgen. Dabei fiel auf, dass alle Vorträge gut besucht waren – trotz unterschiedlichster Aktualität. So kann „Skill- and Grade Mix – der Betreuungsschlüssel der Zukunft“ als hochbrisant angesehen werden. Wie wird die Betreuung am Krankenbett zukünftig aussehen, wie lange wird sich die Pflege noch mit hauswirtschaftlichen Tätigkeiten herum-schlagen müssen? Wie wird die gewonnene Zeit gefüllt, wer ist für wen zuständig, wer hat wem was anzuordnen? In einem anderen Saal durfte hingegen gelacht werden, hier war Humor das Thema während in einem anderen Paro, eine interaktive Robbe in der Betreuung demenzkranker Menschen, bestaunt wurde.

Cybersecurity: Herausforderung im Gesundheitswesen?

Weiter ging es mit einem Vortrag zum Dienstplan, vorgetragen vom Vorsitzenden des PGA Pflege Gerhard Steiner und „Cybersecurity – auch eine Herausforderung im Gesundheitswesen?“. Zum Nachdenken wurden die ZuhörerInnen bei „Der aggressive Kranke oder kranke Aggressive – was macht er mit mir und was löst er in mir aus?“ angeregt. Dr. Stefan Harald und Manfred Konlechner zeigten durchaus humoristisch auf, wie es um unsere Geisteshaltung zuweilen bestellt ist und wie bestimmte Situationen des Alltags gedeutet werden können. Wann lösen wir Aggression oder Gewalt aus? Die aktuellen Zahlen schockierten und da tat es gut, von psychiatrischen Fachleuten zu hören, dass es Lösungen gibt. Dr. Mag. Georg Fraberger, Psychologe des Wiener AKH, bekannt durch sein Buch „Ohne Leib mit Seele“ stellte sich dann die Frage „Wie viel Körper braucht ein Mensch“ und entfachte auch hier so manche Diskussion. Wie kann man Bedürfnisse erkennen



Welche Herausforderungen kann ein Mensch bewältigen? Eines der präsenten Themen, über die Stargast Hans Kammerlander berichtete.

und akzeptieren – Fraberger zeigte Grenzen und Möglichkeiten, mit diesem Problem umzugehen, auf.

Das Wunder von Kärnten

Bis auf den letzten Platz gefüllt war der Saal bei Oberarzt Dr. Markus Thalmann, bekannt durch das Wunder von Kärnten, bei dem ein kleines Mädchen, das nach allen Parametern der Medizin als tot galt, ins Leben zurückgerufen werden konnte. Doch es war nicht dieser Meilenstein im Leben Thalmanns, der die ZuhörerInnen in den Bann zog, vielmehr waren es die Erzählungen über einen 24 Stunden Marathon und andere läuferische Leistungen, die fesselten.

Kann man Sachkosten optimieren ohne die Qualität zu gefährden? Mag^a Monika Moritz erklärte ausführlich wie und stellte ihr umfassendes Wissen unter Beweis. „Projekt Sound“ beschäftigt derzeit zahlreiche Bereiche im Krankenanstaltenverbund. Dabei wird ein Ziel verfolgt, dass dem Personalgruppenausschuss Pflege sehr wichtig ist – Einsparungen im Bereich der Sachkosten, nicht aber im Bereich des Personals und Beibehaltung der bestehenden hohen Qualitätsstandards im Wiener KAV.

Mit Raphael Fellmer, einem Vortragenden aus Berlin, der ohne Geld lebt und deswegen einiges zu erzählen hatte, ging ein spannender und abwechslungsreicher Tag schließlich zu Ende. Doch nur vorläufig, denn laut Gerhard Steiner war eines bereits am 23. April sicher – es wird eine Fortsetzung im nächsten Jahr geben. ■

Pflegeausbildung neu FH-Ausbildung kommt

Johann Hable

Es freut die Bundesvertretung 09 in der GÖD, Gesundheits- und Sozialberufe, dass nunmehr die Länder ihren Widerstand gegen die FH-Ausbildung im gehobenen Dienst der Gesundheits- und Krankenpflege aufgegeben haben. Der Beschluss der Landesgesundheitsreferentenkonferenz liegt nun vor.

Die BV 09 in der GÖD ist im Sinne unserer KollegInnen gerne bereit und interessiert, im Gesundheitsministerium an der Entwicklung mitzuarbeiten, damit das Parlament eine Novelle zum GuKG möglichst heuer noch beschließen kann.

Dem Wunsch der Länder, dass das diplomier-

te Gesundheits- und Krankenpflegepersonal ärztliche Arbeiten übernehmen soll, wird unsererseits zugestimmt, jedoch an die Forderung geknüpft, dass für diese ärztlichen Tätigkeiten ausreichende Ausbildungskapazitäten geschaffen werden (zB. FH-Lehrplan). Wenn das Dipl. Gesundheits- und Krankenpflegepersonal ärztliche Arbeit verrichtet, muss dies finanziell berücksichtigt werden. Mehr Arbeit heißt, mehr Dienstposten für das Dipl. Gesundheits- und Krankenpflegepersonal bei ärztlicher Arbeit. Die Bundesvertretung freut sich mit dem geschätzten Gesundheitsministerium, eine moderne Pflegeausbildung zu erarbeiten. ■

Aufbau – Gesundheits- und Krankenberufe – neu

NEU	
Pflegehilfe (wie bisher) Aufgaben gem. §16 GuKG • eingeschränkte Tätigkeiten gem. §15 GuKG • ausgewählte delegierte Tätigkeiten aus §14 • Delegationsempfänger • Einstieg nach 10. Schulstufe → Ausbildungsdauer 2 Semester	Pflegeassistent (Pflegehilfeausbildung plus 2 Semester → GeneralistIn) neu: Grundwissen in der Kinder- und Psychiatrischen Pflege • Eigenverantwortliche Tätigkeiten gem. §14 (Übernahme von DGKS/DGKP) zusätzliche Spezialisierung: - Intensivbereich - Anästhesiebereich - Nierenersatztherapie - Operationsbereich (analog zu MAB)
Dipl. Gesundheit- und Krankenpflege Generalist/in • Aufgaben und Tätigkeiten gem. §14, §15 und §16 • Allgemein/Kinder/Psychiatrie-Berufsberechtigung • Delegationsaufgaben → Zugang: - Matura - Abgeschl. Ausbildung zur Pflegeassistentin → Ausbildungsdauer 6 Semester - Verkürzung möglich (Pflegeassistent) → Abschluss Bachelor	Spezialist/in • eigenverantwortliche Tätigkeiten z. B. - Intensivbereich - Anästhesiebereich - Nierenersatztherapie - Operationsbereich → Delegationsaufgaben → Zugang: Generalist/in → Anrechnung von Praxis/Weiter-/Sonderausbildung Master → „Paramedic“ (nach GuKG)
Master (nicht berufsprüfungsfähig) (z.B.: Management, Pädagogik, ...) Pflegewissenschaft „Doctor of Philosophy“ (Doktorstudium (PhD-Studium))	

Die Arbeit geht aus!

Johann Hable

Die Bundesvertretung 09 in der GÖD ist besorgt über die rasant steigende Arbeitslosigkeit in Österreich. Es sind schon nahezu 500.000 in Österreich ohne Erwerbsarbeit. In der Pflege- Sozialarbeit werden zwar dringend zusätzliche Arbeitsplätze benötigt, jedoch fehlen dem Staat, Land und den Gemeinden die hierfür notwendigen finanziellen Ressourcen. Es ist uns ein Anliegen, dass dringend neue Arbeitsplätze für Arbeitslose geschaffen werden, denn in Österreich ist die Arbeitslosenrate so hoch wie nie zuvor.

Die Regierung, die Wirtschafts- und Sozialpartner sind gefordert, neue Arbeitsplätze zu schaffen, wobei eine Trendumkehr unabdingbar herbeizuführen ist. Auch Behinderte brauchen Arbeit und Arbeitsplätze. Wohlstand und sozialer Frieden dürfen nicht gefährdet werden. Neue Arbeitsplätze brauchen die Unterstützung Aller. Solidarität ist angesagt. Wir sprechen uns gegen eine Zwei-Drittel-Gesellschaft aus. Zwei Drittel arbeiten und ein Drittel hält sich durch Mehrjobarbeit und Beihilfen über Wasser. ■

Johann Hable stellvertretender Bundesvorsitzender der ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe



Mangel an Fachpflegern mit psychiatrischem Diplom

Die Bundesvertretung 9 in der GÖD fordert den längst fälligen Einsatz von Fachpflegern mit psychiatrischem Diplom bei einer Änderung des Maßnahmenvollzuges für psychiatrisch auffällige Patienten. Die versprochene Verbesserung beim Maßnahmenvollzug durch den zuständigen Justizminister darf kein Rohrkrepiere sein und sich, wie ähnliche Reformen im Gesundheitswesen, darin erschöpfen, weniger qualifizierte Personen im medizinischen Bereich einzusetzen, um Kosten zu ersparen.

Auch Gedanken, welche auf der Grundlage dieses Schadensfalles dazu führen, den Vollzug grundsätzlich auszusetzen und die nichtbetreuten Menschen mit ihren Problemen im Regen stehen zu lassen, indem man an ihre Eigenverantwortlichkeit appelliert, sollten im Interesse der Patienten hintangehalten werden. Die BV 9 sieht hingegen das Problem vor allem in den mangelnden Personalressourcen mit qualifizierten Fachexperten in öffentlichen Einrichtungen generell, und der Privatisierung öffentlicher Staatsaufgaben, dem endlich ein Riegel vorzuschieben ist.

Menschen im Vollzug sind nicht Bürger zweiter Klasse, die von den öffentlichen Einrichtungen abgeschoben und ruhig gestellt werden, sondern solche, denen eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte, da die Schädigung nicht selten eine Kombination von starker Sensibilität und gesellschaftlichem Leistungswahnsinn darstellt, wofür eine besondere Verantwortlichkeit des Staates besteht. Der Einsatz von pflegerischen psychiatrischen Fachexperten ist daher ein Gebot der Stunde und muss dringend umgesetzt werden. ■



Branko Novakovic
Vorsitzender ÖGB/ARGE-
FGV für Gesundheits- und
Sozialberufe Landesvorstand
Oberösterreich

Pflege in Bewegung

Studientag 2014 – Wer macht was im Gesundheits- und Sozialbereich

Helmut Freudenthaler

OÖ Landtagsabgeordnete hinterfragen die Auswirkungen der Spitalsreform II auf die MitarbeiterInnen

Der Gesundheitsausschuss im OÖ Landtag beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Spitalsreform. Auf die Notwendigkeit das zu tun hat vor allem die SPÖ Fraktion hingewiesen. Am 18. Juni 2014 waren die Pflege- und Medizinischen Direktoren, sowie die BetriebsrätInnen der AKh Linz GmbH, LNK Wagner Jauregg und Landes Frauen und Kinderklinik an der Reihe in der Sitzung des Gesundheitsausschusses des OÖ Landtags als Auskunftspersonen zu referieren. Die Situation mit enormen Arbeitsbelastungen in den OÖ Spitälern ist frustrierend. Die Landtagsabgeordneten haben zumindest gezeigt, dass es ihnen nicht egal ist welche Auswirkungen die Reformen im Gesundheitsbereich sowohl für die PatientInnen als auch für das Personal verursacht haben. Das wäre auch für die Öffentlichkeit interessant zu erfahren. Die Meinung der OÖ Spitalsreformkommission, dass die bisher angepeilten Ziele erreicht sind und dass die Qualität der Leistungen gleich geblieben ist teilen viele ArbeitnehmerInnenvertreterInnen nicht.

Der heurige Tag der Pflegenden begann mit Statements der Veranstalterorganisationen. Die ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe, der Treffpunkt Pflegepersonal und der ÖGKV skizzierten kurz, wofür die jeweilige Organisation steht und was sie zukünftig vorhaben. Alle drei Organisationen betonten die Wichtigkeit der Zusammenarbeit. Über 250 TeilnehmerInnen, hauptsächlich aus verschiedenen Pflegeberufen, wurden traditionell drei Vorträge geboten. Heuer waren besonders viele PflegemanagerInnen anwesend, da das Thema „Grade- and Skill-Mix. Perspektiven der Personalentwicklung im Gesundheits- und Sozialbereich“ auch für diese Gruppe der Pflege höchst relevant ist. Dr. Zulehner skizzierte anhand von Praxisbeispielen die möglichen Entwicklungen, die aufgrund des ökonomischer Drucks und der Arbeitsmarktsituation schon da und dort zu Veränderungen der Organisationsstrukturen geführt haben (z.B. Schulter-OP in Tagesklinik, Quick-Check-In mit E-Card, chirurgische Arbeiten durch Pflege, usw.) und die Pflege und Betreuung vor neue Herausforderungen stellen. Besonders interessant waren auch die Vorträge von Mag.ª Weh und Dr. Greifeneder.

Mag.ª Weh untersuchte mit ihrer Doktorarbeit „Die zukünftige(n) Herausforderung(en) des Pflegemanagements. Frauen in Führungspositionen“. Eine Erkenntnis ihrer Arbeit ist, dass auch PflegemanagerInnen, Frauen und Männern unterschiedliche Qualitäten zugeschrieben werden. Sie empfiehlt aufgrund der Ergebnisse für Führungskräfte in der Pflege ein Anleitungsprogramm, damit die angehenden PflegemanagerInnen prozesshaft in die Führungsrolle „hineinwachsen“ können. Dr. Greifeneder, Arbeits- und Sozialrichter am Landesgericht Wels, zeigte „Die Rolle der Pflege in der Pflegegeld-einstufung“ sehr lebhaft und praxisorientiert auf. Laut ihm sind die tatsächlich pflegenden Pflegefachkräfte für jeden Gutachter eine unverzichtbare Erkenntnisquelle über den Pflegebedarf im Alltag. Die Einbeziehung der Pflegefachkräfte und ihrer Dokumentation ist lt. Dr. Greifeneder eine Verpflichtung eines jeden Gutachters. Er plädiert dafür, die diesbezüglichen Rechte und Pflichten des Gutachters bzw. der Pflegefachkräfte zu kennen, um ein selbstbewusstes Auftreten im Begutachtungsalltag zu ermöglichen. Er berichtete auch darüber, dass der Einsatzbereich von Pflegefachkräften als Gutachter ausgeweitet wird.



Vortragende, Moderatorin und VertreterInnen der Veranstaltung „Studientag 2014“ vlnr: Dr. Greifeneder (Arbeits- und Sozialrichter), Horst Muhr (Landesvorsitzender ÖGKV), Andrea Wienerroither (Treffpunkt Pflegepersonal), Dir.ⁱⁿ Martha Böhm (Moderatorin), Dkfm Dr. Zulehner (Experte für Gesundheitsmanagement), Mag.ª Weh (Pfle gewissenschaftlerin), DGKP Branko Novakovic (Landesvorsitzender ÖGB ARGE/FGV für Gesundheits- und Sozialberufe), Jutta Leitner (Leiterin Treffpunkt Pflegepersonal), Mag. Helmut Freudenthaler (ÖGB ARGE/FGV für Gesundheits- und Sozialberufe) Leopold Weissengruber (ÖGKV OÖ)

Gesundheit und Würde

Thessaloniki: 300.000 Menschen ohne Versicherung. Klinik der Solidarität hilft.

Branko Novakovic

Wer in Griechenland arbeitslos ist, hat auch keine Krankenversicherung. Ein Drittel der Menschen ist deshalb von medizinischer Versorgung ausgeschlossen. Um zu helfen, haben ÄrztInnen, PsychologInnen und PflegerInnen die „Klinik der Solidarität“ in einem Stockwerk eines Gewerkschaftshauses in Thessaloniki eingerichtet. Sie alle arbeiten gratis und versorgen pro Jahr 5.000 bis 6.000 GriechInnen, MigrantenInnen, Schwangere, Kinder, die sonst keinen Zugang zu medizinischer Versorgung hätten. Eine Gruppe des entwicklungspolitischen Vereins des ÖGB, Weltumspannend arbeiten, hat der Klinik einen Solidaritätsbesuch abgestattet. Im November 2013 besuchten Vorsitzender der ARGE-FGV OÖ Branko Novakovic und Landesvorstandmitglied Mag. Helmut Freudenthaler gemeinsam mit einer Delegation von „Weltumspannend arbeiten“ die Klinik der Solidarität in Thessaloniki und konnten sich



Klinik der Solidarität

in Gesprächen vor Ort mit den Griechischen KollegInnen von der Situation im Griechischen Gesundheitssystem überzeugen. Dass ein Drittel der griechischen Bevölkerung im Krankheitsfall auf sich gestellt ist, ist eine soziale Katastrophe. Viele haben Jahrzehnte in das System einbezahlt, nun haben sie wegen der Krise Job und Versicherung verloren. Chronisch Kranke müssen ohne ihre Medikamente und ohne Untersuchungen auskommen, es gibt Gerüchte, dass nach Entbindungen die Babys nicht den Eltern gegeben werden, bis die Kosten für die Geburt bezahlt sind. In den Krankenhäusern fehlen Betten, Personal, Medikamente, Verbandszeug und sogar Reinigungsmittel. Die Zustände erinnern an die Dritte Welt – und sind eine Folge des Spardiktats der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF. Sie zwingt dem schwer verschuldeten Land Einsparungen auf, die schon dutzende Menschenleben gekostet haben.

Studienreise des ÖGB „Weltumspannend arbeiten“.

Erste Reihe (hockend): Thomas Strasser, Sepp Wall-Strasser, Katerina Notopoulou, Gerhard Lanzersdorfer
Zweite Reihe (stehend): Franz Salchenegger, Judith Vorbach, Kathrin Niedermoser, Anna Wall-Strasser, Carmen Janko, Bettina Stadlbauer, Peter Haibach, Herta Gruber, Agnes Schulmeister, Claudia Schürz, Cornelia Krebs
Dritte Reihe: Helmut Freudenthaler, Branko Novakovic, Christian Putz



Karl Streicher
Vorsitzender ÖGB/ARGE-
FGV für Gesundheits- und
Sozialberufe Landesvorstand
Niederösterreich



Neubau in Krems Niederösterreichs Wissenschaftslandschaft wird ausgebaut

Ende November 2013 wurde die Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften in Krems akkreditiert. Nach dem Erreichen der Akkreditierung und der Inauguration des Rektors beginnt nun die nächste Phase der Umsetzung: Die Privatuni soll nun ein neues Gebäude erhalten. Aus den 13 Bewerbungen ging das Projekt des Architekturbüros Delugan Meissl als Sieger hervor. Man rechnet mit Baukosten in der Höhe von 25 Millionen Euro, die Bauarbeiten sollen in einem Jahr beginnen, die Eröffnung ist für 2016 geplant.



Steigende Studienzahlen

Rektor Rudolf Mallinger bezeichnet die Gebäudeplanung als „optimal auf unsere Bedürfnisse zugeschnitten“. Mit dem Land, der Landeskliniken Holding, der Technischen Universität Wien, der Universität Basel sowie den Trägern Medizinische Universität Wien, Donau-Uni Krems und IMC FH Krems habe man „von Anfang an sehr starke Partner“ an der Seite. Zurzeit hat die Privatuni 28 Studenten, 100 sollen laut Mallinger noch in diesem Jahr dazukommen. Am Campus Krems studieren aktuell rund 10.500 Studierende, mit dem Endausbau der Karl Landsteiner Privatuniversität rechnet man mit weiteren 570 bis 600 Studierenden. Landeshauptmann Erwin Pröll bezeichnet den Campus Krems als „Herzstück der Wissenschaftslandschaft Niederösterreich“.

Quelle: healthconomy; Foto: KL/Delugan Meissl



Bertram Siegele
Vorsitzender ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe Landesvorstand Tirol

**Arbeitsrecht
Pflicht zum Evaluieren der psychischen Belastungen**

„Arbeitgeber sind dazu verpflichtet, die psychischen Belastungen ihrer Arbeitnehmer am Arbeitsplatz zu evaluieren.“

Wie sollte diese Überprüfung erfolgen?

Der erste Schritt ist, die Mitarbeiter über die Evaluation zur informieren. Danach muss ein Messinstrument ausgewählt werden. Geeignet ist z.B. ein Fragebogen, der an die Mitarbeiter ausgeteilt wird. Danach sollte eine Beurteilung und Bewertung des Ergebnisses erfolgen. Auf Grundlage dieser werden dann die nötigen Maßnahmen beschlossen. Der ganze Prozess sollte auf jeden Fall dokumentiert werden.

Was wir überprüft?

Überprüft werden nur die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer

- Arbeitsaufgaben und Tätigkeiten
- Arbeitsorganisation
- Arbeitsumgebung
- Organisationsklima

Wann muss die Überprüfung erfolgen?

Eine Überprüfung hat nach Unfällen, nach dem Auftreten von Erkrankungen oder nach Zwischenfällen mit erhöhter arbeitsbedingter psychischer Fehlbeanspruchung zu erfolgen.

Ob das Unternehmen dieser Verpflichtung nachkommt, wird vom Arbeitsinspektor kontrolliert. Er wird den Arbeitgeber vorerst dazu auffordern, eine Evaluierung durchzuführen. Dieser Aufforderung sollte in jedem Fall nachgekommen werden, sonst kann es zu Verwaltungsstrafen kommen.

Das Strafausmaß beginnt hier bei 166,- bis 8.324,- Euro. Im Wiederholungsfall betragen die Strafen zwischen 333,- und 16.659,- Euro.



Quelle: Steuernews

Neue Gerichtsbarkeit

Karl Horvath Betriebsratsmitglied im LKH Oberpullendorf

Seit 1. 1. gibt es neue Verwaltungsgerichte des Bundes – das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesfinanzgericht – und neue Verwaltungsgerichte der Länder. Das neue Bundesverwaltungsgericht ist ab sofort für Beschwerden gegen Bescheide des AMS zuständig. Es entscheidet nicht mehr die Landesgeschäftsstelle des AMS über Einwände gegen Entscheidungen der regionalen AMS Geschäftsstellen, sondern unabhängige RichterInnen. Einwände müssen innerhalb von vier Wochen schriftlich bei der regionalen Geschäftsstelle des AMS eingebracht werden. Folgende Punkte sind in der Beschwerde anzuführen: der Bescheid, gegen den Einwand erhoben wird, die Behörde, die diesen Bescheid erlassen hat, die Gründe, warum man mit der Entscheidung nicht einverstanden ist und, was man konkret möchte, z.B. die Weiterbezahlung der Leistung. Das AMS kann die Beschwerde gleich direkt an das Gericht weiterleiten, dem Einwand Folge leisten, den bekämpften Bescheid abändern oder die Beschwerde zurück- oder abweisen. Dies erfolgt dann im Rahmen einer Beschwerdeentscheidung. Erhält man eine solche und ist damit nicht zufrieden, so sind zwei Wochen Zeit, einen Vorlageantrag zu stellen, in dem verlangt wird, dass die Beschwerde dem Bundesverwaltungs-

gerichts vorgelegt wird. Die RichterInnen und Richter des Bundesverwaltungsgerichts haben sechs Monate Zeit, über die Beschwerde zu entscheiden. Als letzte gerichtliche Schritte kann dann noch geprüft werden, ob eine Revision beim Verwaltungsgerichtshof oder eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof möglich bzw. rechtlich sinnvoll ist. Bei Beschwerden im Rahmen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung ist künftig als erste gerichtliche Instanz das Landesverwaltungsgericht zuständig. Neu ist die längere Frist für die Erstellung der Beschwerde und, dass Betroffene unter Umständen zweimal aktiv werden müssen: einmal im Rahmen der Beschwerde und dann nochmals durch den Vorlageantrag. Positiv ist, dass die Entscheidungen der Behörde bzw. des AMS gleich umfassend durch ein Gericht geprüft werden. Es ist wichtig, dass die Entscheidungen rasch getroffen werden, damit die Betroffenen so bald als möglich Rechtssicherheit haben bzw. dass sie bei Leistungseinstellungen ihre finanzielle Unterstützung wie Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe bei einer positiven Entscheidung schnell (wieder) erhalten.

Quelle: Mag.ª Iris Wotran, Sozialreferentin, AK OÖ Bischöfliche Arbeitslosenstiftung

Neu seit Juli: Handwerkerbonus!

Christine Vierhauser ZBR Vorsitzende d. Salzb. Landeskliniken

Haben Sie vor, Ihre Fenster oder Böden auszutauschen oder Räume neu ausmalen zu lassen? Ab Juli soll dafür eine Förderung von max. 600 Euro pro Person und Jahr beantragt werden können. Gefördert werden Renovierungen sowie der Erhalt und die Modernisierung von bestehenden Wohnraum im Inland. Die Arbeiten müssen von Unternehmen erbracht werden, die zur Ausübung von reglementierten Gewerben befugt sind. Eine Förderung gibt es nur für die Arbeitsleistung, nicht für die Materialkosten. Daher muss die reine Arbeitsleistung auf der Rechnung ausgewiesen werden. Der Rechnungsbetrag muss in Form einer Banküberweisung bezahlt werden.

Derzeit soll der Zuschuss 20% der förderbaren Kosten pro Förderungswerber und Jahr betragen, allerdings max.von 3.000 Euro (exkl. Ust). Das Ansuchen können nur natürliche Personen für eigene Wohnzwecke stellen. Die gilt auch für Mieter, wenn sie anteilige Kosten zu tragen haben. Nicht unter die Förderung sollen Neubauten und die Erweiterung von Wohnraum fallen sowie die Modernisierung und Renovierung von Gebäudeteilen, wenn sie nicht dem Wohnen dienen (z.B. Garagen). Achten Sie darauf, wann mit den Arbeiten begonnen wird. Eine Förderung soll es nur für Arbeiten geben, die nach dem 30. 6. 2014 und vor dem 31. 12. 2014 begonnen werden.

Quelle: Steuer News Schimplmüller & Partner

Europäisches Kaufrecht

Peter Vaschauner LKH Feldkirch, Mitglied der BV 09

Das Europäische Parlament hat den umstrittenen Verordnungsentwurf für ein gemeinsames Europäisches Kaufrecht in erster Lesung gebilligt. Europäische Verbraucherverbände bewerten den Vorschlag als entbehrlich und kontraproduktiv. Zum einen hat sich der grenzüberschreitende Online-Warenkauf weitaus dynamischer entwickelt als von der Kommission dargestellt. Zum anderen enthält der Entwurf Schlupflöcher, sodass nationale Standard im Verbraucherschutz umgangen werden können. Nach dem Willen der Europäischen Kommission soll es bald ein EU-Kaufrecht geben – zusätzlich zu den 28 nationalen Rechtsbestimmungen. Dieses Kaufrecht soll bei grenzüberschreitendem Einkauf im Fernabsatz, insbesondere per Internet, zwischen Verbrauchern und Unternehmen frei vereinbart werden können und tritt dann an die Stelle des nationalen Rechts.

Mehr Auswahl und mehr Schutz

Nach Ansicht der Kommission könnten damit Hindernisse im Handel beseitigt werden, die Verbraucher hätten mehr Auswahl und ein höheres Schutzniveau, Rechtssicherheit bei grenzüberschreitenden Geschäften, mehr Transparenz und Vertrauen. Für den Handel

Gesetzliche Rechnungsmerkmale

Manfred Wolf ZBR Vorsitzender LSF Graz

Das Recht auf Vorsteuerabzug steht dem Käufer nur zu, wenn die Rechnung alle gesetzlichen Rechnungsmerkmale beinhaltet. Als Empfänger der Rechnungen müssen Sie daher bei eingehenden Rechnungen prüfen, ob die erforderlichen Merkmale angeführt sind. Die genauen Merkmale finden Sie auf unserer Homepage www.fgv.at oder www.bmf.gv.at/steuern/selbststaendige-unternehmer/umsatzsteuer/ust-vorsteuerabzug.html

Kleinbetragsrechnungen

Eine Sonderregelung gibt es für die sogenannten Kleinbetragsrechnungen. Das sind Rechnungen, deren Gesamtbetrag 150,-

wiederum führe das neue Kaufrecht zu geringen Transaktionskosten (z.B. für RechtsberaterInnen), weniger Unwegbarkeiten und Vorteile bei der Erschließung neuer Märkte.

Kaufrecht Sorge für Verwirrung

Verbraucherorganisationen und Wirtschaftsverbände lehnen diesen Vorschlag ab. Ein freiwilliges zusätzliches Kaufrecht werde nur für Verwirrungen sorgen und den Wirtschaftsakteuren kaum weiterhelfen, meinen sie. Befürchtet werden einerseits eine deutliche Verschlechterung des Verbraucherschutzniveaus und andererseits eine hohe Rechtsunsicherheit und damit ein erhöhter Beratungs- und Kostenaufwand. Stattdessen sollten Verbraucherrechte auf hohem Niveau harmonisiert werden. Konsumenten seien schließlich keine Rechtsexperten, die bei jedem Einkauf einfach unterscheiden könnten, welches Recht für sie am vorteilhaftesten ist, argumentieren die Verbraucherschützer. Darüber hinaus würden in der Praxis wohl eher die Händler vorgeben, welches Recht zur Anwendung kommt. Und hier sei anzunehmen, dass es das Kaufrecht sei, das dem Verkäufer und nicht dem Konsumenten die meisten Vorteile bringt. Der Rechtsakt bedarf nun noch der Zustimmung des EU-Ministerrats.

Hinweis

Bei innergemeinschaftlichen Lieferungen, Reverse Charge, Anzahlungs- und Schlussrechnungen sind noch weitere Vorschriften zu beachten.

Quelle: Steuernews



Martin Karpf
Vorsitzender ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe Landesvorstand Kärnten

Was ist der Pendlerrechner?

Seit Mitte Februar ist auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) der neue Pendlerrechner online: www.bmf.gv.at/pendlerrechner/ Der Pendlerrechner berechnet die Pendlerpauschale und den Pendlereuro.

Für den Arbeitnehmer

Der Arbeitnehmer muss die Pendlerpauschale mit dem Pendlerrechner berechnen. Er muss nun beim Antrag auf Pendlerpauschale nicht nur das Formular L34 ausfüllen, sondern auch einen Ausdruck der Berechnung des Pendlerrechners beilegen. Auch wenn der Arbeitnehmer bereits ein Formular L34 übergeben hat, musste er bis spätestens 30. Juni 2014 einen Ausdruck des Pendlerrechners nachreichen. Das Ergebnis des Pendlerrechners ist für die Höhe der Pendlerpauschale maßgeblich, außer der Steuerpflichtige kann beweisen, dass sie nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.

Wichtig für den Arbeitgeber

Wird von Seiten des Arbeitgebers eine zu hohe Pendlerpauschale berücksichtigt, kann es bei einer Prüfung zu einer Nachzahlung kommen. Daher sollte die Pendlerpauschale nur in der Höhe geltend gemacht werden, die auch der Pendlerrechner errechnet. Ist der Arbeitgeber mit dem Ergebnis nicht zufrieden, kann er in seiner Arbeitnehmerveranlagung eine höhere Pauschale beantragen. Bei gleitenden Arbeitszeiten ist der Arbeitsbeginn und das Ende so anzugeben, dass es den Ankunfts- bzw. Abfahrtszeiten von öffentlichen Verkehrsmitteln am besten entspricht.

Das Ausmaß der regelmäßig vorliegenden Tagesarbeitszeiten sowie eine gegebenenfalls bestehende Kernzeitregelung sind dabei zu berücksichtigen. Auch die Kernzeit und die jeweilige Tagesarbeitszeit (in der Regel 8,5 Stunden) müssen bei der Abfrage berücksichtigt werden.



Quelle: Steuer News Schimplmüller & Partner

Pflege – ein Beruf mit Zukunft – ein Beruf mit großen Chancen

Edgar Martin

Der 5. Nationale Kongress für Schülerinnen, Schüler und Studierende der Gesundheits- und Krankenpflege in Wien stand ganz unter dem Motto „gemeinsam bewegen – voneinander lernen“.

Am 24. und 25. April 2014 organisierte die Hauptgruppe II der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – KMSfB zum 5. Mal den nationalen Kongress für Schülerinnen, Schüler und Studierende der Gesundheits- und Krankenpflege.

1223 in Ausbildung stehende junge Menschen kamen an diesen beiden Tagen aus allen österreichischen Bundesländern nach

zeugte durch seinen witzigen Vortragstil und lebensnahe Beispiele.

Neben diesen beiden „Headlinern“ des Kongresses konnte jedoch auch mit weiteren sehr spannenden Themen aufgewartet werden – ob deeskalierende Kommunikation durch Nico Oud aus den Niederlanden, Pflege auf einer forensischen Abteilung am Otto Wagner Spital durch Karin Hönigsperger und Franz

aus der psychiatrischen Gesundheits- und Krankenpflegeschule Ybbs dargeboten und SchülerInnen aus dem AKH berichteten über ihre Studienreise nach Paris und die dortigen Pflegeeinrichtungen.

Neben diesem unglaublichen Angebot an unterschiedlichsten Pflgethemen, war es möglich, einen Austausch zwischen den unterschiedlichen Bundesländer zu ermöglichen. Sr. Liliane Juchli und Prof. Erwin Böhm waren bereit, Autogramme zu geben und standen für „Pflegeselfies“ zur Verfügung. Ein weiteres Highlight war, neben einem Flashmob von SchülerInnen des AKHs, wohl ein „Riesenflashmob“ zur Kongresseröffnung, bei dem 747 Menschen in einem Kinosaal zu dem Lied Happy spontan getanzt haben.



Wien, um an diesem für SchülerInnen und Studierende kostenlosen Kongress teilzunehmen. Zwei Tage – gefüllt mit unterschiedlichsten Pflgethemen – haben einmal mehr bewiesen, was Pflege erreichen, bewegen und bewirken kann, ABER vor allem, wie wichtig es ist, Wissen mit anderen zu teilen und von anderen zu lernen. Internationale Vortragende aus den unterschiedlichsten Bereichen gaben ihr Wissen weiter und waren zu Diskussionen bereit. Sr. Liliane Juchli aus der Schweiz warf Blicke in die Vergangenheit und in die Zukunft, um SchülerInnen und Studierende dazu zu animieren, sich stets weiterzuentwickeln, Prof. Erwin Böhm über-

Bauer, Pflege auf einer neonatologischen Intensivstation am allgemeinen Krankenhaus durch Enis Smajic oder rekonstruktive Kieferchirurgie am allgemeinen Krankenhaus durch Dr. Dr. Christina Eder-Cembirek.

Besondere Freude hatten die VeranstalterInnen über die zahlreichen Vorträge von Schülerinnen und Schülern der Gesundheits- und Krankenpflegesschulen im Wiener Krankenhausverbund. SchülerInnen aus dem SMZ-Ost präsentierten das Projekt „PARO, der Robbenroboter im Einsatz“ bzw. „Hauskrankenpflege versus häuslicher Pflege“, Auszüge aus Felix Mitterers Stück „Kein Platz für Idioten“ wurden von SchülerInnen

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, bei allen Vortragenden – vor allem den Schülerinnen und Schülern, den Sponsoren und Sponsorinnen, sowie dem starken MitarbeiterInnenteam, ohne dem die Kongressumsetzung nicht möglich gewesen wäre, bedanken.

Ich freue mich auf den nächsten Kongress im April 2015 und hoffe auf eine mindestens genauso große TeilnehmerInnenzahl wie in diesem Jahr!

Eindrücke des Kongresses auf www.youtube.at: 5. Nationaler Schülerinnen, Schüler und Studierenden Pflgekongress. ■

Büchertipps



Praxishandbuch Kinder- und Jugendschutz

Wichtige Rechtsfragen –
Beratung und Betreuung –
Prävention und Intervention
Fvh Forum Verlag; € 107,80
ISBN: 978-3-902617-22-4



In Ihrer täglichen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen müssen Sie seit 1. Mai das neue Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz beachten. Schon beim bloßen Verdacht auf Kindeswohlgefährdung sind Sie lt. § 37 ab sofort zu einer unverzüglichen schriftlichen Mitteilung verpflichtet.

Doch wie erkennen Sie, ob ein Kind im schulischen oder privaten Umfeld tatsächlich gefährdet ist?

Welche Angaben muss die neue verpflichtende Mitteilung beinhalten? Und wie können Sie die Ihnen anvertrauten Kinder im Vorhinein schützen? Zuverlässige Antworten auf diese Fragen liefert Ihnen dieses neue Praxishandbuch, um professionell zu helfen.

Termine



Seminare der ÖGB/ARGE-FGV

Grundkurs Gesundheitsförderung

13. bis 15. Oktober 2014 im Seminar- und Parkhotel Hirschwang

Führung leicht gemacht

8. bis 10. Oktober 2014 in der AK-Wien

Sterbe- und Trauerbegleitung

13. bis 15. Oktober 2014 im Seminar- und Parkhotel Hirschwang

Umgang mit Kommunikationsstörungen – Dysarthrie, Aphasie

15. bis 17. Oktober 2014 im Seminar- und Parkhotel Hirschwang

Burn Out

27. bis 29. Oktober 2014 im Seminar- und Parkhotel Hirschwang

Gesundheitsförderung Aufbaukurs

29. bis 31. Oktober 2014 im Seminar- und Parkhotel Hirschwang

Anmeldungen für GPA-djp bei gabriele.papp@gpa-djp.at
GÖD bei barbara.obermueller@goed.at
GdG/KMSfB bei kevin.nemecek@gdg-kmsfb.at
vida bei viktorija.korsalka@vida.at

BETRIEBSSERVICE

SPEZIELL FÜR AUSZUBILDENDE AUS DER VORTEILSWELT:

Wir unterstützen **Auszubildende** mit einem kostenlosen Konto für die Dauer ihrer Ausbildung.

Holen Sie sich Ihre VorteilsweltCard bei Ihrem Betriebsrat oder Personalvertreter und profitieren Sie von unseren attraktiven Angeboten:

- ▶ gratis Kontoführung¹ inkl. Maestro Bankomatkarte
- ▶ gratis eBanking per Internet und Telefon
- ▶ attraktive Habenzinsen am Online Anlagekonto
- ▶ **jetzt** mit gratis eMobile Versicherung² für Handy oder Laptop

€ 0,-!



1) Auszubildende erhalten für die Dauer Ihrer Ausbildung exklusiv die Konditionen der Studenten KontoBox der BAWAG P.S.K. Voraussetzung für die gratis Kontoführung bei der Studenten KontoBox ist ein positiver Kontostand, bei Inanspruchnahme der Einkaufsreserve wird neben den Zinsen ein Kontoführungsentgelt von € 3,28/Quartal verrechnet. Gilt nicht in Verbindung mit anderen Aktionen.

2) Wichtige Informationen (z.B. der Umfang des Ersatzes) in jeder BAWAG P.S.K. Filiale. Versicherer: Lloyd's of London.

Nähere Informationen in Ihrer BAWAG P.S.K. Filiale.

Mitten im Leben.
www.betriebsservice.at

BAWAG
PSK
Betriebsservice

Stand 10.2013 / Änderungen vorbehalten

Pflege-, Sozial- und Gesundheitsberufe im Rampenlicht

Erheben Sie Ihre Stimme, berichten Sie von Ihrer Arbeit – schriftlich oder mündlich!

Die ÖBV sucht spannende, berührende, beglückende, tragische Geschichten von Menschen, die in Gesundheits-, Sozial- und Pflegeberufen tätig sind.

Machen Sie mit: Sie haben die Chance, einen Kurzurlaub in Österreich zu gewinnen. Die besten Beiträge werden in einem Buch veröffentlicht.

Einreichkriterien und Teilnahmebedingungen finden Sie unter:

www.oebv.com/aktiv/

Einsendeschluss: 15. September 2014

